

Antrag der Seniorenvertretung Mülheim, vertreten durch ihren Sprecher Dr. Herbert Mück, an die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Mülheim (12.06.2019)

Beschlussvorlage

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, in den Ausschuss für Soziales und Senioren folgende Anregung für die nächste Wahl der Kölner Seniorenvertretung einzubringen: Die Kandidatinnen und Kandidaten erhalten die Möglichkeit, sich in den mit den Wahlunterlagen verschickten Selbstdarstellungen (Kandidaten-Profile) mit 800 Anschlägen vorzustellen (bislang nur 400).

Begründung:

Auf den mit den Unterlagen zur Seniorenvertreterwahl versandten „Kandidaten-Profilen“ standen den Bewerberinnen und Bewerbern bislang nur 400 Anschläge zur Verfügung, um sich darzustellen. Dieser geringe Umfang gestattete es lediglich, sich mit persönlichen Kerndaten (wie Namen, Alter, Familienstand, Zahl der Kinder, Beruf, Religions- und ggf. Parteizugehörigkeit) vorzustellen und vielleicht noch zwei bis maximal drei allgemeine Sätze anzufügen. Ein solches Minimalprofil ermöglicht es den Wählern nicht, eine echte politische Entscheidung zu treffen, da man auf so einem engen Raum nicht einmal ein „Mini-Wahlprogramm“ skizzieren kann. Die Vorgabe von 800 Anschlägen hält zugleich die Kandidatinnen und Kandidaten an, sich schon im Vorfeld der Wahl konkretere Gedanken darüber zu machen, was und wie sie selbst genau zum Wohl der älteren Bevölkerung beitragen wollen. Entsprechende Absichtserklärungen ermöglichen es nicht zuletzt, später die Gewählten beim Wort und damit in die Verantwortung zu nehmen. Eine zumindest etwas ausführlichere Vorstellung der Bewerber*innen könnte die Wahl zugleich auch interessanter machen und so die Wahlbeteiligung steigern. Da sich pro Stadtbezirk bislang nur 10 bis 20 Personen bewarben, ist nicht zu befürchten, dass die Wahlunterlagen unüberschaubar und zu kostspielig wird. Die Amtszeit der derzeitigen Kölner Seniorenvertretung verzeichnet im Sommer 2019 bereits ihre Halbzeit. Änderungen der Wahlordnung haben einen längeren Vorlauf. Deshalb sollte über den hier gemachten Vorschlag abschließend und zufriedenstellend möglichst bis Ende 2020 entschieden werden.

Vermerk der Verwaltung:

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik des Stadtbezirks Mülheim hat dem Antrag zugestimmt.